

# THEMA IM LANDTAG

## »Mehr Qualität durch mehr Freiheit für die Schulen« Gesetzentwurf zur Selbstständigen Schule

Nachdem die SPD-Fraktion in der vergangenen Woche einen eigenen Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes angekündigt hatte, kam Kultusminister Busemann in Schwitzen. Unter dem Tagesordnungspunkt »Verschiedenes« wurde ein entsprechender Gesetzentwurf der Landesregierung schnell durchs Kabinett gewunken, um der SPD zuvorzukommen. Die Unterschiede zwischen dem SPD- und dem Busemann-Entwurf könnten jedoch größer kaum sein: Während die Landesregierung den Schulen weiterhin detaillierte Vorgaben in pädagogischen Fragen machen will, setzt die SPD ganz auf Autonomie.

»Nur wenn die Schulen mehr Gestaltungsfreiheit erhalten, können sie die Unterrichtsqualität verbessern und auf die Bedürfnisse vor Ort zugeschnittene pädagogische Konzepte entwickeln«, sagte dazu der Vorsitzende der SPD-Fraktion Wolfgang Jüttner. »Viel zu lange haben Bildungspolitiker aller Parteien geglaubt, man könne die Schule vom Grünen Tisch aus verändern. Dieser Steuerungswahn hat zu überflüssiger Bürokratie geführt und mancherorts Lehrer, Eltern und Schüler entmutigt.«

Die SPD will einen Paradigmenwechsel im Schulsystem durchsetzen: Die Schulen sollen nicht mehr mit Erlassen und Verordnungen aus dem Kultusministerium gesteuert werden, sondern eigenständig pädagogische Konzepte entwickeln. Deshalb sollen sie von allen Vorgaben, die den Unterrichtsalltag reglementieren, abweichen können. Dabei muss natürlich sichergestellt sein, dass die verbindlichen Bildungsstandards eingehalten werden. Jede Schule hat so die Chance, ein eige-

nes pädagogisches Profil zu entwickeln und in einem Schulprogramm festzulegen. Weil nicht mehr alle Schulen gleich sind, sollen die Eltern frei wählen können, auf welche Schule sie ihre Kinder schicken wollen. Um die Umsetzung neuer Konzepte zu erleichtern, werden die Schulleitungen gestärkt. Die Gesamtkonferenz wird aber in alle wichtigen Entscheidungen eingebunden.

### Pädagogische Freiräume

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Schulen in Fragen der Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung sowie bei der Messung der Schülerleistungen und ihrer Bewertung von Verwaltungsvorschriften abweichen können.

»Wir wollen mit diesen neuen Freiräumen die pädagogische Kreativität an den Schulen entfesseln«, erläuterte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Ingrid Eckel. Natürlich blieben die Schulen in staatlicher Verantwortung.

### Mehr Gestaltungsfreiheit für die Schulen – was bedeutet das in der Praxis?

Drei Beispiele für das, was nach dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion möglich ist:

- Die Grundschulen in Musterstadt bieten hervorragenden Englischunterricht in den Klassen 3 und 4 an. Die Schüler an der Hauptschule in Musterstadt haben deshalb großes Interesse an diesem Fach. Die Hauptschule kann nun eigenständig entscheiden, dass sie in den Klassen 5 und 6 mehr Englischstunden anbietet, als in der Stundentafel des Kultusministeriums vorgesehen, dafür in den Klassen 7 und 8 weniger.
- An einer Realschule herrscht unter Lehrern, Eltern und Schülern Unzufriedenheit über die herkömmlichen Notenzeugnisse. Die Schule ist frei zu entscheiden, ob sie nicht andere Formen der Leistungsbewertung einführt.
- An einem Gymnasium gibt es besonders viele musikinteressierte Schüler. Die Schule kann jahrgangsübergreifenden Musikunterricht anbieten und gleichzeitig von den in dem entsprechenden Erlass vorgeschriebenen Klassengrößen abweichen.

Liebe Leserinnen und Leser,



**Wolfgang Jüttner**

Opposition ist mehr als nur Neinsagen. Das hat die SPD-Landtagsfraktion in der vergangenen Woche einmal mehr bewiesen: Wir haben uns nicht darauf beschränkt, die Vorstellungen von Kultusminister Busemann zu dem Projekt »Eigenverantwortliche Schule« zu kritisieren. Wir haben vielmehr unsere Vorstellungen in einen von Juristen auf Herz und Nieren geprüften Gesetzentwurf gegossen. Die Reaktionen von Medien, Lehrerinnen und Lehrern sowie Eltern zeigen: Wir haben dabei die richtigen Akzente gesetzt. Ich freue mich auf eine breite Diskussion mit allen Interessierten.

In diesem Jahr werden wir den Weg einer konstruktiven und sachorientierten Oppositionsarbeit fortsetzen und zu den zentralen Politikfeldern klare sozialdemokratische Alternativen formulieren. Das ist anspruchsvoller als das reine Neinsagen, wie es die CDU 13 Jahre lang im Landtag betrieben hat. Aber es ist ehrlicher, weil wir nichts versprechen, was wir nach einem Wahlsieg nicht halten könnten.

Euer

*Wolfgang Jüttner*

»Aber der Staat gibt nur noch Ziele vor – etwa in den bundesweit verbindlichen Bildungsstandards. Wie diese Ziele erreicht werden, kann jede Schule selbst in ihrem Schulprogramm festlegen. Dass sie im Rahmen der internen und externen Evaluation regelmäßig überprüft, ob die angestrebten Ziele erreicht wurden, ist selbstverständlich.« Die Schulen sollen nach Auffassung der SPD ein verbrieftes Recht darauf haben, von den Vorgaben aus Hannover abzuweichen. »Für uns ist wichtig, dass pädagogische Freiheit kein Gnadenakt des Kultusministers ist.« Eckel verwies darauf, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung keinerlei pädagogische Freiräume eröffne. »Herr Busemann glaubt, er wisse besser als die Betroffenen vor Ort, wie man guten Unterricht macht. Das ist der Grundirrtum seines Gesetzentwurfs«

### Schulorganisation

Die SPD will die Schulleitungen stärken und ihnen mehr personal- und dienstrechtliche Befugnisse geben. Für die Gesamtkonferenz gibt es einen abschließenden Katalog von Zuständigkeiten sowie die Möglichkeit, in allen anderen wesentlichen Angelegenheiten Grundsätze zu beschließen, die der Schulleitung Raum für Einzelentscheidungen lassen müssen. Den Schulen wird die Option eröffnet, eine Schulkonferenz einzurichten, auf die die Gesamtkonferenz Beschlusskompetenzen übertragen kann. In diesem Gremium können die Mehrheitsverhältnisse anders festgelegt werden als in der Gesamtkonferenz. Eltern sowie Schülerinnen und Schüler erhalten dabei größeren Einfluss. Bei der Erfüllung ihres Schulprogramms können sich die Schulen durch einen Schulbeirat unterstützen lassen, dem auch außerschulische Personen angehören, die sich der Schule besonders verbunden fühlen.

»Wir stärken die Schulleitungen und setzen gleichzeitig auf die Beteiligung aller

Lehrkräfte an wichtigen Entscheidungen. Wir wollen, dass Schulleiter und andere Lehrer nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten. Deshalb streben wir eine Organisation an, die klare Verantwortlichkeiten definiert und zugleich gewährleistet, dass wichtige Entscheidungen von einem breiten Konsens getragen werden«, erläuterte Eckel. Die Schulen sollen selbst entscheiden können, ob sie eine Schulkonferenz oder einen Schulbeirat einrichten wollen. »Das hängt sehr von der Größe der Schule und den Gegebenheiten vor Ort ab. Auch in diesem Punkt wollen wir Optionen eröffnen, statt Lösungen vorzuschreiben.«

### Aufhebung der Schulbezirke

Bislang müssen die Eltern ihre Kinder an der Grundschule anmelden, die für ihren regionalen Schulbezirk zuständig ist. Wenn sich die Schulen unterschiedliche Profile geben, müssen die Eltern auch die ihnen am besten erscheinende Schule frei auswählen können. Deshalb sollen die kommunalen Schulträger künftig das Recht haben, auf die Festlegung von Schulbezirken zu verzichten. »Eltern, die sich die Schule für ihre Kinder frei aussuchen können, werden sich noch besser mit dieser Schule identifizieren«, sagte Eckel. »Außerdem wollen wir, dass die Schulen in einen Wettbewerb um die besten pädagogischen Konzepte eintreten.«

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und die ausführliche Begründung können im Internet unter <http://www.spd-landtag-nds.de/web/binary.jsp?nodeId=7844&binaryId=6278&disposition=inline> eingesehen werden.

Bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs wurde die Fraktion von Dr. Dieter Galas, langjähriger Schulleiter, ehemaliger GEW-Landesvorsitzender und pensionierter Abteilungsleiter im Kultusministerium, beraten. Unter <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?preview=true&nodeId=7804&lang=de> kann ein ausführlicher Artikel von Dieter Galas zu dem Gesetzentwurf abgerufen werden, der demnächst in der Zeitschrift »Schulverwaltung« (Ausgabe Niedersachsen) erscheinen soll.

Stellungnahmen zum Gesetzentwurf bitte an [ute.wormland@lt.niedersachsen.de](mailto:ute.wormland@lt.niedersachsen.de).



**Ingrid Eckel,**  
schulpolitische Sprecherin

»Wir trauen Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern mehr zu als Herr Busemann und wollen ihnen deshalb möglichst viel Freiheit geben«, so das Fazit von Wolfgang Jüttner. »Wir freuen uns auf anregende, in manchen Punkten sicherlich auch kontroverse Diskussionen mit Verbänden und Gewerkschaften. Wenn wir mit unserem Gesetzentwurf eine breite Diskussion darüber in Gang setzen, wie man unsere Schulen substantiell verbessern kann, haben wir viel erreicht.«

## Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite [www.spd-landtag-nds.de](http://www.spd-landtag-nds.de) mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategien und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemitteilungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz ([thilo.scholz@lt.niedersachsen.de](mailto:thilo.scholz@lt.niedersachsen.de), Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTls bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

## Luftnummer bei den Kitas – Land gegen Beitragsfreiheit

**Wer wissen will, wie man Politikverdrossenheit unter Eltern schürt, sollte sich einmal beim niedersächsischen Kultusminister erkundigen. Als Oppositionspolitiker meinte er, ein beitragsfreies Kindergartenjahr könne man quasi aus der Portokasse bezahlen.**

Ins Wahlprogramm der CDU zur letzten Landtagswahl ließ er schreiben: »Damit alle Kindergartenkinder dieses für ihre Entwicklung so wichtige Angebot wahrnehmen, sorgen wir für Beitragsfreiheit der Eltern im letzten Kindergartenjahr.« Und als Kultusminister? Jetzt, wo er selbst Verantwortung trägt, beschränkt er sich auf blumige Ankündigungen.

Besonders pikant: Als seine ehemalige Kabinettskollegin Ursula von der Leyen erklärte, die Kita-Gebühren gehörten zumindest teilweise abgeschafft, reagierte Herr Busemann schlicht beleidigt. Und in der Tat hatte die Bundesfamilienministerin »vergessen« zu sagen, wie sie dieses sinnvolle Vorhaben zu finanzieren gedenkt.

Streitereien über die Zuständigkeit helfen den Eltern aber gar nichts. Und deshalb haben einige Kommunen entschieden, die

Sache selbst in die Hand zu nehmen. So hat die rot-grüne Ratsmehrheit in Göttingen beschlossen, in Zukunft keine Elternbeiträge für das letzte Kindergartenjahr mehr zu erheben. Die Landesregierung sollte das freuen, könnte man meinen. Und in der Tat begrüßte der Kultusminister in einer von der SPD beantragten Landtagsdebatte diesen mutigen Schritt. Was er nicht sagte: Sein Parteifreund Schüemann durchkreuzt das Vorhaben der Stadt Göttingen.

Der Innenminister will der Stadt nur dann die ihr zustehenden Bedarfzuweisungen genehmigen, wenn der Ratsbeschluss revidiert wird. »Das zeigt, dass es der Landesregierung mit der Förderung der fröcklichen Bildung nicht ernst ist. Sie blockiert entsprechende Initiativen der Kommunen selbst dann, wenn sie den Landshaushalt mit keinem Cent belasten«, sagt die Göttinger SPD-Abgeordnete Gabi



**Dr. Gabriele Andretta,  
wissenschaftspolitische Sprecherin**

Andretta. »Der Kultusminister lobt, der Innenminister sabotiert. So etwas nennt man Doppelzüngigkeit.«

## Wulff kann's nicht lassen Immer neue Attacken gegen Volkswagen

Wirtschaft, so sagt man gemeinhin, habe sehr viel mit Psychologie zu tun. Das trifft ganz bestimmt auf Christian Wulff und sein Verhältnis zu Volkswagen zu. Dem Ministerpräsidenten sollte das Wohl des im Land Niedersachsen mit großem Abstand wichtigsten Arbeitgebers besonders am Herzen liegen, sollte man meinen. Zumal Herr Wulff höchst persönlich im Aufsichtsrat des Konzerns sitzt und somit nicht nur an die politische Vernunft, sondern auch an das Aktienrecht gebunden ist.

Doch all das schert den Ministerpräsidenten offenbar nicht. Monate lang betrieb er eine schmutzige Schlammschlacht gegen den Aufsichtsratsvorsitzenden Piëch und versuchte eine angemessene Vertretung des neuen Großaktionärs Porsche im Aufsichtsrat zu verhindern. Auf dem Neujahrsempfang der IHK in Wolfsburg forderte er gar, man sollte bei VW ausmisten, indem man »den Mittellandkanal von oben in das VW-Verwaltungsgebäude einleitet«. Dazu der Vorsitzende der SPD-Fraktion Wolfgang Jüttner: »Herr Wulff kann es nicht lassen, sich immer wieder auf Kosten von VW zu profilieren. Ich kenne keinen anderen Fall, wo sich ein Aufsichtsratsmitglied so abfällig über ein Unternehmen äußert. Darüber kann man nur den Kopf schütteln.«

Die verbale Kraftmeierei hat dem Ministerpräsidenten übrigens nichts genutzt. Porsche besetzt, wie es eigentlich selbstverständlich ist, zwei Aufsichtsratsmandate. »Herr Wulff hat eine Menge Porzellan zerschlagen. Die Einigung zwischen den VW-Anteilseignern hätte sehr früher und geräuschloser gefunden werden können«, sagte Jüttner. »Ich hoffe, dass der Ministerpräsident nun seine Profilierungsversuche auf Kosten des Unternehmens und der Beschäftigten einstellt.«

## Impressum

**SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover**

### V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley; Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

### Redaktion:

Tobias Dünow  
(E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)

Thilo Scholz  
(E-Mail: Thilo.Scholz@Lt.Niedersachsen.de)

### Layout und Satz:

Andreas Schneider  
(E-Mail: Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de)

## Kinder besser schützen

### SPD fordert verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen

**Die Zahlen des UN-Kinderhilfswerks Unicef sind erschreckend: Pro Woche sterben zwei Kinder in Deutschland an den Folgen von Verwahrlosung und Misshandlung.**

Die SPD-Landtagsfraktion will deshalb, dass die bislang freiwilligen Vorsorgeuntersuchungen für Kinder und Jugendliche zur Pflicht gemacht werden. Sie unterstützt damit die vom Hamburger Senat beschlossene Bundesratsinitiative. »Uns ist klar, dass Pflichtuntersuchungen kein Patentrezept sind um zu verhindern, dass Kinder von ihren Eltern vernachlässigt, mit Gewalt bedroht und misshandelt werden«, so Dörthe Weddige-Degenhard, die für die SPD-Landtagsfraktion in der Landtagsdebatte am vergangenen Donnerstag dazu das Wort ergriff. »Aber das kann ja wohl nicht als Ausrede dafür dienen, weiterhin die Hände in den Schoß zu legen.«

Die SPD fordert in ihrem Antrag außerdem, die Ergebnisse der Untersuchungen in anonymisierter Form für eine verbesserte Gesundheitsberichterstattung zu verwenden. Weddige-Degenhard: »Bislang ist die Datenlage über den Gesundheitszustand unserer Kinder und Jugendlichen mehr als mäßig, um es zurückhaltend auszudrücken. Flächendeckend vorliegende und vor allem vergleichbare Zahlen sind die Voraussetzung dafür, um die notwendigen gesundheitspolitischen Maßnahmen zu ergreifen.«

Bei den Vorsorgeuntersuchungen überprüfen Kinderärzte die altersgerechte Entwicklung des Kindes. Bislang sind die Untersuchungen freiwillig. In der Vergangenheit haben insbesondere die Krankenkassen um eine stärkere Akzeptanz geworben, jedoch ohne den erhofften Erfolg. Während zwei Drittel aller Kinder aus Akademikerfamilien an der Untersuchung U9 teilnehmen, sind es bei Kindern aus bildungsferneren Schichten nur knapp 50 Prozent. Und nur ein verschwindend geringer Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund nimmt die Untersuchung in Anspruch.

Dass im Bereich der Kindergesundheit erheblicher Handlungsbedarf besteht, zeigen Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen: Bei etwa 45 Prozent der 50.000 in Niedersachsen untersuchten Schulanfänger wurden Gesundheits- und Entwicklungsprobleme festgestellt, die meist auf Bewegungsmangel und falsche Ernährung zurückzuführen sind. Bei weiteren 25 Prozent stellten die untersuchenden Ärzte bis dahin nicht bekannte Krankheiten fest.

Um so unverständlich ist, dass die Lan-



**Dörthe Weddige-Degenhard,  
Expertin für Kinderschutz**

desregierung nun plant, die Standards der Schuleingangsuntersuchung aufzuweichen. »Damit gibt die Landesregierung leichtfertig die einzige Möglichkeit auf, einen Überblick über den Gesundheits- und Entwicklungsstand unserer Schulanfänger zu erhalten«, sagte Weddige-Degenhard.

## Föderalismusreform: Folgen für die Hochschulen in Niedersachsen

Die Föderalismusreform bedeutet einen Paradigmenwechsel in der Bildungs- und Hochschulpolitik. Gesetzgebungskompetenzen des Bundes gehen auf die Länder über, die dann die alleinige Zuständigkeit erhalten.

Vom Hochschulrahmengesetz bleibt dem Bund nur noch das Recht Zugang und Abschlüsse zu regeln. Wichtige Gemeinschaftsaufgaben wie der Aus- und Neubau von Hochschulen sollen nach einer Übergangszeit zukünftig von den Ländern in Eigenverantwortung geleistet werden.

Wie wird die Föderalismusreform die zukünftigen Gestaltungsspielräume des Bundes, der Länder in der Hochschulpolitik verändern?

Wird es in Zukunft noch gemeinsame Initiativen geben können?

Wie wird sich die alleinige Zuständigkeit der Länder für den Hochschulbau auf die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen in Niedersachsen auswirken?

Zur Diskussion dieser Fragen dient diese Veranstaltung.

### ReferentInnen:

Gabriele Andretta, MdL (wissenschaftspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion) und

Thomas Oppermann, MdB (Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung)

### Termin:

28.02. von 16:00 bis 18:00 Uhr

### Ort:

Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Weitere Informationen und Anmeldungen: Anne Drucks, Tel. 0511/30 30-40 22, Fax 0511/30 30-48 09, E-Mail Anne.Drucks@LT.niedersachsen.de

**Anmeldeschluss: 24.02.2006**

## Lenz: Kombilohnmodell von Wulff ist ein populistischer Schnellschuss

»Es kann kein Kombilohnmodell ohne Mindestlohn geben!« stellte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Günter Lenz fest. Das von Wulff vorgestellte »Niedersachsen-Kombi« ist unausgegoren und leiste Mitnahmeeffekten und weiteren Lohndrückereien vorschob.

Lenz stellte klar, dass im Bereich der gering Qualifizierten dringender Handlungsbedarf besteht. Immer mehr Arbeitsplätze werden ins Ausland verlegt oder entfallen im Zuge der fortschreitenden Rationalisierung. Es wird daher gerade für Menschen ohne Berufsausbildung und ohne Schulabschluss immer schwieriger, überhaupt eine Anstellung zu finden.

Das Modell Wulff, das lediglich zwei bereits im Gesetz vorhandene Mittel der Beschäftigungsförderung verbindet und nahezu ausschließlich aus Mitteln des Bundes finanziert wird, ist jedoch kein geeignetes Mittel, um zusätzlich Beschäftigung im Niedriglohnbereich zu schaffen.

»Es ist schon bemerkenswert, dass der Ministerpräsident ein eigenes Modell vorstellt, obwohl die große Koalition in Berlin vereinbart hat, einen bundeseinheitlichen Kombilohn auszuarbeiten«, sagte Lenz. Christian Wulff steht mit seinem Plan

klar im Widerspruch zu Kanzlerin Merkel und hat von seinem Koalitionspartner offene Ablehnung geerntet. Angela Merkel sagte im »Spiegel«: »Deshalb muss jede ernsthafte Debatte über Kombi-Löhne eine zweite Frage beantworten: Brauchen wir in Deutschland einen Mindestlohn? Denn natürlich wäre es nicht hinnehmbar, wenn die Tariflöhne beliebig sinken. Der Staat darf sich nicht in ein finanzielles Abenteuer stürzen, das den Betroffenen am Ende wenig bringt. Wir dürfen nicht zulassen, dass in Deutschland Jobs für 50 Cent Stundenlohn angeboten werden und den Rest regelt der Steuerzahler. Wir wollen schließlich Arbeitsplätze schaffen und keinen Selbstbedienungsladen für findige Unternehmer eröffnen.« Lenz teilt die Kritik von Kanzlerin Merkel: »Ein Kombilohn, der nur zu weiteren Lohnsenkungen führt, hilft der Betroffenen nicht weiter und ist mit der SPD daher nicht zu machen!«

Christian Wulff ist eine Schlagzeile in der



Günter Lenz,  
wirtschaftspolitischer Sprecher

Tagespresse offenbar wichtiger als die ehrliche Auseinandersetzung mit dem Problem der Arbeitslosigkeit im Bereich der gering Qualifizierten.

## Phillip Rösler als Kronzeuge für den Atomausstieg

**CDU und FDP zeigen sich bei der Energiefrage uneinsichtig wie eh und je. Bei der Debatte gegen die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken und die Nutzung der Atomenergie findet die SPD-Landtagsfraktion jedoch unerwartete Unterstützung beim Fraktionsvorsitzenden der FDP.**

So hatte Phillip Rösler, ehemals Sprecher der Jungen Liberalen und heutiger Fraktionsvorsitzender, im Jahr 1997 per Pressemitteilung verkünden lassen:

»Die Jungen Liberalen fordern einen sofortigen Stopp der Subventionen für Kernenergie, indem Betreiber von Kernkraftwerken für Abriss der Kernkraftwerke, Entsorgung nuklearer Abfälle und Versicherung in realistischer Höhe selbst aufkommen sollen. Diese Kosten, die zur Zeit der Staat trage, sollten auf alternative Energien umgelegt werden, was einen Ausstieg aus der Kernenergie nach sich ziehen würde.«

Offensichtlich hat den Fraktionsvorsitzenden der Liberalen die Weit- und Einsicht im Laufe der Jahre verlassen. Mittlerweile fordert er sogar neue Kernkraftwerke und

die Abschaffung der »Subventionen« für alternative Energien.

Ministerpräsident Christian Wulff ruft hingegen öffentlich zum Vertragsbruch auf und plädiert für Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke. Damit fällt er einmal mehr »seiner« Bundeskanzlerin Merkel in den Rücken.

Die Forderungen von Schwarz/Gelb sind so unsinnig wie alt. Eine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke würde am Ende nicht die Verbraucherinnen und Verbraucher vor höheren Stromkosten schützen. Nur die satten Gewinne der Energiekonzerne würden weiter steigen.

»Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien. Nur sie schützen uns vor steigenden Energiepreisen, verringern die Abhängigkeit von internationalen Märk-



Klaus-Peter Dehde,  
atompolitischer Sprecher

ten und helfen das Klima zu schützen,« bekräftigt der energiepolitische Sprecher Klaus-Peter Dehde die Position der SPD-Landtagsfraktion.

## Strafzahlungen Niedersachsens hoffentlich in letzter Minute abgewendet – Auseinandersetzungen um die FFH-Meldungen finden ein vorläufiges Ende

In der nun schon jahrelangen Diskussion um die niedersächsischen Nachmeldungen einer Naturschutz-Richtlinie der EU (die so genannte »FFH«- bzw. »Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie«) gibt es Bewegung.

Auch die niedersächsische Landesregierung hat nach über zwei Jahren eingesehen, dass die EU ernst macht. Es werden weitere FFH-Gebiete nach Brüssel gemeldet. Die Ankündigung von erheblichen Strafzahlungen waren nicht nur leere Drohungen der EU.

Streit hatte es besonders um die von der EU geforderten Meldungen der Ems und der Weser gegeben. Aus Rücksicht auf die heimische Wirtschaft wollte die niedersächsische Landesregierung auf die Meldung verzichten. Dies ist nach EU-Recht aber nicht zulässig. Umweltminister Sander begann ein Kräftemessen mit der EU-Kommission, an deren Ende eine Niederlage, die weiter bestehende Gefahr von Strafzahlungen und die Gefährdung des bisher guten Verhältnisses mit Brüssel stehen.

Denn die EU forderte die Meldung von Weser und Ems immer wieder ein. »Natürlich soll die wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen nicht behindert wer-

den«, stellt Haase fest. »Um das zu gewährleisten, müssen wir aber die Anforderungen der Kommission erfüllen. Nur dann sind planungssichere Genehmigungen für ökonomische Nutzung möglich.«

Die EU-Kommission hatte in den letzten Jahren immer wieder deutlich gemacht, dass sie weitere Verzögerungen bei der Umsetzung der Richtlinie nicht dulden wird. Die Instrumente zur Umsetzung des EU-Rechts sind zahlreich: neben den hohen Strafzahlungen – es geht um bis zu 790 000 Euro pro Tag – können auch die EU-Fördermittel erheblich gekürzt werden, wenn ein Mitgliedstaat das EU-Recht nicht umsetzt. »Von diesen Fördermitteln profitiert vor allem der Ländliche Raum und unsere maritime Wirtschaft,« so Haase. »Das wollten wir nicht riskieren.«

Umweltminister Sander hat Niedersachsen mit seinen Machtspielchen und Aussagen wie »dann soll die EU uns doch mal



**Hans-Dieter Haase,  
umweltpolitischer Sprecher**

verklagen«, einen Bären Dienst erwiesen. »Ich hoffe wir kommen nun zurück zu einem konstruktiven Miteinander. Für die Natur, vor allem aber für die Menschen in Niedersachsen«, so Haase.

## SPD-Fraktion verankert Konnexitätsprinzip in der Verfassung

»Ein großer Tag für die Kommunen in Niedersachsen und ein großer Erfolg sozialdemokratischer Kommunalpolitik im Landtag«, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Heiner Bartling anlässlich der einstimmig vom Landtag beschlossenen Verfassungsänderung.

»Ohne den massiven Druck der SPD wäre aus dem Konnexitätsprinzip in dieser Legislaturperiode nichts geworden. Die vor Trägheit erstarrten Regierungsfraktionen mussten von uns geradezu über die Ziellinie getragen werden«, erklärte Bartling. Mit der Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Verfassung geht eine fast drei Jahre währende Hängepartie zu Ende. »Ministerpräsident Wulff hat eine solche Regelung für die ersten 100 Tage seiner Amtszeit versprochen. Dann aber hat er die Hände in den Schoß gelegt. Wenn wir von der SPD nicht schon im Jahr 2004 einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht hätten, wäre wohl nie etwas passiert«, sagte Bartling.

Durch diese Verfassungsänderung sind die Kommunen künftig besser vor zusätzlichen finanziellen Belastungen durch die Landesebene geschützt: Wenn den Städten und Gemeinden zukünftig durch Lan-

desgesetz oder Landesverordnung neue Aufgaben zugewiesen werden, muss auch das Land für die in den kommunalen Haushalten entstehenden Mehrkosten aufkommen.

»Die jetzt verabschiedete Regelung bleibt allerdings weit hinter dem zurück, was Christian Wulff den Kommunen versprochen hat. Denn ein Vetorecht der Städte und Gemeinden gegen kostspielige Landesgesetze gibt es nicht«, erklärte Bartling. »Unterm Strich sind CDU und FDP denkbar schlecht ins Kommunalwahljahr 2006 gestartet. Die Kommunen sind trotz Konnexitätsprinzip Opfer der Regierung Wulff, die von ihren vollmundigen Versprechen aus der Wahlkampfzeit nichts mehr wissen will: Statt die Bedarfzuweisungen wie versprochen zu erhöhen, wurden sie gekürzt; auch der kommunale Finanzausgleich wurde nicht um 500 Millionen erhöht, sondern um mehr als 150



**Heiner Bartling,  
innenpolitischer Sprecher**

Millionen Euro im Jahr zusammengestrichen - bereits 312 Millionen Euro haben CDU und FDP den niedersächsischen Kommunen seit 2005 durch diesen Griff in die kommunalen Kassen vorenthalten.

## CDU/FDP-Landesregierung zerschlägt einheitlichen Datenschutz

**Der Datenschutz in Niedersachsen ist mit Beginn dieses Jahres entschieden geschwächt worden: Zum 1. Januar 2006 hat der unabhängige Landesbeauftragte für den Datenschutz auf Druck des CDU-Innenministers die Zuständigkeit für die datenschutzrechtliche Kontrolle und Beratung von nicht-öffentlichen Stellen abgeben müssen.**

Der Datenschutz in diesem Bereich soll jetzt vom Innenministerium selbst überwacht werden, der Zuständigkeitsbereich des Landesbeauftragten für den Datenschutz wird auf den Datenschutz im öffentlichen Bereich beschnitten. Vieles deutet darauf hin, dass diese Entscheidung nicht sachlichen Notwendigkeiten geschuldet ist: In seinem aktuellen Tätigkeitsbericht hatte der Landesbeauftragte für den Datenschutz insbesondere im Zusammenhang mit den Änderungen des Polizeigesetzes deutliche Kritik an der CDU/FDP-Landesregierung und an den sie tragenden Fraktionen geäußert.

Vor diesem Hintergrund liegt der Verdacht nahe, dass der CDU-Innenminister den unabhängigen Datenschutzbeauftragten gezielt schwächen wollte, weil ihm dessen kritische Stellungnahmen hinderlich

und lästig waren. Mit der Kompetenzbeschneidung des Datenschutzes begibt sich der Innenminister jedoch auf dünnes Eis: »Die Landesregierung, die mit ihrem Polizeigesetz und ihrem Mediengesetz bereits herbe Niederlagen vor dem Bundesverfassungsgericht und vor dem Staatsgerichtshof kassieren musste, riskiert eine erneute juristische Blamage«, sagte hierzu die SPD-Datenschutzexpertin Sigrid Leuschner. »Die EU-Kommission hat bereits mit Schreiben vom 05. Juli 2005 angekündigt, dass Sie ein Vertragsverletzungsverfahren wegen fehlerhafter Umsetzung der EU-Datenschutzrichtlinie einleiten wird.«

Das EU-Recht pocht auf die vollständige Unabhängigkeit des Datenschutzes. »Die Zersplitterung der Datenschutzaufsicht ist aber auch deshalb bedenklich, weil ohne



**Sigrid Leuschner,  
Verbraucherschutzexpertin**

Not bewährte Strukturen zerschlagen und damit Synergien verschenkt werden«, sagte Leuschner.

## Der Staat in der Verantwortung – Veranstaltungsreihe der FES Niedersachsen

**Der aktuellen politischen Diskussion um die Gestaltung der sozialen Demokratie und der Ausprägung des Sozialstaats in Deutschland liegen unterschiedliche politische Vorstellungen über die Rolle des Staates im Leben des Menschen zu Grunde.**

Vor allem in konservativen, aber auch in neoliberalen Beiträgen zu dieser Debatte wird staatliches Handeln dämonisiert. Der Staat wird als strangulierend beschrieben, der die Entwicklung vieler gesellschaftlicher Bereiche lähme. Dieses Zerrbild vom Staat führt zu Forderungen nach Privatisierung weiter Teile staatlichen Handelns und zum bewussten Verzicht auf Einnahmemöglichkeiten des Staates. Der Markt solle dominieren, der Sozialstaat eingeschränkt werden. - Auch in Bereichen, die der unmittelbaren Daseinsvorsorge dienen.

Die zentralen Fragen sind dabei jedoch: Wie schlank kann der Staat sein, um mit knapper werdenden Ressourcen seine Aufgaben zu erfüllen? Wie handlungsfähig muss ein Staat sein, um ein Maß an gleichwertigen Lebensverhältnissen für alle zu gewährleisten?

Denn eines ist klar: Starke können sich einen schwachen Staat leisten – Schwache hingegen brauchen die schützende und ausgleichende Funktion des Staates. Wer dem Staat diese Funktion abverlangt, der muss allerdings auch bereit sein, die Einnahmeseite des Staates angemessen zu gestalten.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen nimmt sich in einer Veranstaltungsreihe dieses Themas an.

In den nächsten Monaten sollen einzelne Veranstaltungen auf verschiedenen Politikfeldern einen Beitrag zu der Debatte liefern. Es gilt aufzuzeigen, wie eine Modernisierung des Sozialstaats Deutschland aussehen müsste, um soziale Gerechtigkeit auf hohem Niveau zu sichern. Zugleich müssen wir den Anforderungen der Globalisierung gerecht werden.

Die nächsten Veranstaltungen beschäftigen sich mit folgenden Themen:

28.02.2006 Mehr Wohlfahrt oder mehr Markt – Die Zukunft der sozialen Demokratie in Deutschland

21.03.2006 George Orwell oder Michail Bakunin – Die Privatisierung der Sicherheit und die Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols

25.04.2006 Wasser ist zum Waschen da – Die Wasserversorgung als kommunale Verpflichtung oder Einnahmequelle?

Weitere Veranstaltungen werden in dieser Reihe folgen.

Nähere Informationen: Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen, Telefon: 0511/306622, email: hannover@fes.de

## Landesregierung verweigert wissenschaftliche Kontrolle der Polizeireform

»Der Innenminister traut sich nicht, seine Polizeiorganisationsreform von den betroffenen Polizistinnen und Polizisten beurteilen zu lassen«. Mit diesen Worten fasste SPD-Polizeiexperte Heiner Bartling die Landtagsdebatte im Januar zusammen.

Die SPD-Fraktion ist mit dem Antrag gescheitert, die bereits in den Jahren 1991 und 2001 durchgeführte wissenschaftlich begleitete Untersuchung zur Berufszufriedenheit der Polizei im Jahr 2006 wiederholen zu lassen.

»Die im Dezember 2004 erfolgten Umstrukturierungen in der Polizei müssen dringend evaluiert werden, denn es besteht ein eklatanter Wertungswiderspruch zwischen den Ansagen des amtierenden Innenministers und den Erfahrungen vieler Polizistinnen und Polizisten vor Ort«, begründete Bartling seine Forderung. Insbesondere die übertriebene Zentralisierung der Tatortaufnahme sorgt für Frustrationen. Dazu Bartling: »Es ist für mich

das Gegenteil eines effizienten Personaleinsatzes, wenn Polizisten mit Fachhochschulstudium lediglich noch den Tatort absperren und die Kollegen aus der Zentrale benachrichtigen dürfen«.

Angesichts der Tatsache, dass die CDU/FDP-Landesregierung erst nach drei Jahren ein Bekenntnis zum Fortbestand der zweigeteilten Laufbahn abgegeben hat – im CDU-Landtagswahlprogramm war noch von schnell angelernten Polizisten mit mittlerem Bildungsabschluss die Rede – liegt der Verdacht nahe, dass die jüngste Polizeireform den organisatorischen Ausstieg aus der zweigeteilten Laufbahn einleiten sollte.

Bartling: »Unsere Polizeibeamten zeich-

net aus, dass sie täglich ein besonderes Engagement an den Tag legen. Sie reagieren zu Recht sehr sensibel, wenn sie das Gefühl haben, von der Landesebene verschaukelt zu werden. Mit einer wissenschaftlich begleiteten Befragung könnte die Landesregierung frühzeitig Rückmeldungen über die Umsetzung der Polizeireform gewinnen, auf die sie rechtzeitig reagieren könnte.

Die Ablehnung unseres Entschließungsantrages zeigt mir jedoch, dass die Landesregierung keinerlei Interesse daran hat zu erfahren, wie die am grünen Tisch beschlossene Polizeireform von den betroffenen Polizistinnen und Polizisten vor Ort bewertet wird«.

## Kunstpreis 2005

Eine unabhängige Jury wählte den Maler Giso Westing aus Hannover als Träger des Kunstpreises 2005 aus. Der 50jährige gilt als eines der stärksten Maltalente seiner Generation, der mit dem bloßen »Auftragen von Farbe auf die Leinwand« ein künstlerisches Werk von unverkennbarer Eigenheit schuf.

Am 24.01.2006 verlieh die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag den Kunstpreis 2005. Rund 250 Gäste waren zu diesem Anlass in das Wilhelm-Busch-Museum in Hannover gekommen.



Wolfgang Jüttner begrüßt die Gäste der Preisverleihung



Der Preisträger Giso Westing

## Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

**07.02. ab 12:00 Uhr**

Fraktionsvorstand  
Niedersächsischer Landtag, Raum 122

**14.02. ab 12:00 Uhr**

Fraktionsvorstand  
Niedersächsischer Landtag, Raum 122

**14.02. ab 14:00 Uhr**

Fraktion  
Niedersächsischer Landtag, Raum 122

**17.02. von 15:00 bis 18:00 Uhr**

Kommunalpolitische Fachtagung  
Niedersächsischer Landtag, Raum 122  
Anmeldungen und Infos: Christiane Kelly, Tel. 0511/30 30-40 14, E-Mail: [Christiane.Kelly@LT.niedersachsen.de](mailto:Christiane.Kelly@LT.niedersachsen.de)

**21.02. ab 12:00 Uhr**

Fraktionsvorstand  
Niedersächsischer Landtag, Raum 122

**21.02. ab 15:00 Uhr**

Fraktion  
Niedersächsischer Landtag, Raum 122

**21.02. von 17:00 bis 19:00 Uhr**

Friedrich-Ebert-Stiftung im Landtag  
Mehr Wohlfahrt oder mehr Markt? – Die Zukunft der sozialen Demokratie in Deutschland  
Restaurant Leineschloss im Niedersächsischen Landtag

**22. bis 24.02.**

Landtagsplenum

**28.02. ab 12:00 Uhr**

Fraktionsvorstand  
Niedersächsischer Landtag, Raum 122

**28.02. von 16:00 bis 18:00 Uhr**

**Föderalismusreform: Folgen für die Hochschulen in Niedersachsen**

Mit Gabriele Andretta, MdL (wissenschaftspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion) und Thomas Oppermann, MdB (Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung)

Weitere Informationen und Anmeldungen: Anne Drucks, Tel. 0511/30 30-40 22, Fax 0511/30 30-48 09, E-Mail [Anne.Drucks@LT.niedersachsen.de](mailto:Anne.Drucks@LT.niedersachsen.de)

Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

## Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine